

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Das besonders bemerkenswerte an der Fühlungnahme zwischen West und Ost, die zur Aufhebung der Berliner Blockade und zum Zusammentritt der Außenministerkonferenz in Paris geführt hat, war die Tatsache, daß diesmal

die Amerikaner und die Russen

während der ganzen materiellen Behandlung der zweifellos schwierigen und heiklen Angelegenheit völlig unter sich blieben, während die zwei andern Teilhaber des Westens erst zugezogen wurden, als es nurmehr um den formellen Abschluß ging. Begreiflicherweise hat dieses Vorgehen Washingtons bei seinen europäischen Teilhabern eine gewisse Mißstimmung ausgelöst, und außerdem ein bestimmtes Maß von Unruhe, weil hier und dort vermutet wird, die Fühlungnahme unter vier Augen sei tatsächlich noch weitergegangen, bzw. sie habe sich noch auf andere Themen erstreckt als die, welche durch die Publikation bekannt wurden. Diese Mißstimmung und Unruhe haben besonders in England einen nicht geringen Grad erreicht; dort ist man in solchen Dingen besonders empfindlich, und von verschiedenen Seiten sind dem Außenminister Bevin deutliche Vorhalte gemacht worden, daß er die doch ziemlich brüske Ausschaltung des stolzen England nicht zu verhindern wußte. Nun ist freilich anzunehmen, man werde früher oder später darüber unterrichtet werden, was eventuell zwischen den beiden großen Partnern über das Publierte hinaus noch abgemacht worden ist. So viel ist jedenfalls sicher, daß die Verständigung verhältnismäßig weit gediehen ist, und es ist wahrscheinlich eine Vereinbarung von größerer Bedeutung vorhanden, die sich nicht auf das deutsche Problem allein zu beschränken braucht. Gewisse Anzeichen für das Ausmaß der Übereinkommen konnte man, soweit das deutsche Feld in Frage kommt, in der Ersetzung des Marschalls Sokolowski und nachher des Generals Clay erkennen, die sich beide in den langen Perioden der steten Reibereien und des Kampfes um Berlin besonders festgefahren hatten. In den großen Perspektiven aber mag man ein Anzeichen dafür erkennen in der bemerkenswerten Versteifung, welche eben erst — trotz hoffnungsvollen Anfängen — in der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Spanien eingetreten ist. Außer den erwähnten Punkten ließe sich für die zunehmende Verständigungspolitik der Vereinigten Staaten noch manches weitere Anzeichen anführen. Alles zusammen aber ist ohne Zweifel

die große politische Linie des Präsidenten Truman,

welche dieser während des Wahlkampfes mit aller Deutlichkeit bekundet hat, und die auf möglichste Verständigung mit dem Osten hinausläuft. Wer Lust hat an

Analogien oder an Kombinationen, der kann noch weiter gehen und diese Linie bis zu Roosevelt in Teheran und Jalta verfolgen, wo man bewußt die Interessen der östlichen Randstaaten der Verständigung mit der Sowjetunion geopfert hat.

Für das weitere Geschehen in diesem wahrhaft entscheidenden Problem der Weltpolitik, und im besondern auch für den Verlauf der Außenministerkonferenz in Paris ist es jedenfalls von Vorteil, daß gewisse Entscheidungen vorerst verschoben worden sind. Hieher gehört eben einmal die spanische Frage, hieher gehören auch der Fall der italienischen Kolonien, der Staatsvertrag mit Österreich, das Problem Triest, der Mittelmeerpakt und manches andere. Andererseits sind auf beiden Seiten gewisse feste Positionen vorhanden, mit denen zu rechnen ist: der Atlantikpakt für den Westen, die großen Erfolge in China für den Osten.

Und nun soll also in erster Linie

das deutsche Problem

in endgültige Behandlung genommen werden, und es ist kaum zu bezweifeln, daß die anderen Fragen sich verhältnismäßig leicht im Wege eines Austausches von Kompromissen werden lösen lassen, wenn dieses zentrale Problem einer Regelung zugeführt werden kann. Freilich wird man vorsichtshalber gleich anfügen, daß die Schwierigkeiten in dieser deutschen Frage nun eben enorm sind, wobei man nur die faktische und ideologische Trennung der Besetzungszonen und das Problem der deutschen Ostgrenzen zu erwähnen braucht. Auch sonst birgt diese Kardinalfrage noch Schwierigkeiten und gefährliche Stellen genug in sich, so z. B. die Frage eines Rückzuges der Besetzungstruppen, und hier insbesondere den Kennanplan, der trotz dem Dementi keineswegs aus Abschied und Traktanden gefallen scheint und beispielsweise den Franzosen — mit der Forderung auf Rückzug ihrer Besetzungstruppen hinter den Rhein — noch schwierige innenpolitische Nüsse zu knacken geben wird. Aber nicht nur den Franzosen: auch in der Tschechoslowakei wird man beispielsweise über eine Beschränkung des russischen Okkupationsraumes auf Stettin sehr wenig begeistert sein, wie denn aus diesem Lande schon seit längerer Zeit immer wieder zweifelnde Stimmen an der endlichen russischen Bündnistreue zu vernehmen sind. Es eröffnen sich also, wie man sieht, in Paris recht vielfältige Perspektiven — die zentrale Frage aber ist und bleibt, ob die Lösung des deutschen Problems, ob der Friede mit Deutschland im Zeichen der Vier stehen wird.

Jann v. Sprecher

Brief aus der Türkei

Man schreibt uns aus *Ankara*:

Unser letzter Bericht von Ende 1948 (siehe Heft 10 der «Schweizer Monatshefte» vom Januar 1949) begann mit der Feststellung, es sei falsch, anzunehmen, daß die Position des Kabinetts Hasan Saka sich befestigt oder daß sich eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse vollzogen habe. In der Tat führten Mitte Januar die in früheren Berichten hervorgehobenen Fehler der Regierung auf dem Gebiete der Innen- und namentlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einem ziemlich überraschenden Regierungswechsel. Natürlich konnte es sich unter den herrschenden Verhältnissen nur darum handeln, nicht etwa Mitglieder der Oppositionspartei zu berufen, sondern lediglich solche Persönlichkeiten, die innerhalb der regierenden Volkspartei zum «fortschrittlichen» Flügel gehören. Das ist nun in der Tat in erheblichem Maße geschehen, und zwar zweifellos in Übereinstimmung mit den Ansichten und Wünschen des Staatspräsidenten İnönü.

Unmittelbaren Anlaß zur

Regierungskrise

boten — neben persönlichen Eifersüchteleien zwischen dem Verkehrsminister Kasim Gülek und dem Minister für öffentliche Arbeiten Nihat Erim — Finanzfragen. Das Kabinett Saka hatte ein unausgeglichenes Budget vorgelegt, dessen gegenüber dem Vorjahr abermals erheblich erhöhte Ausgaben z. T. durch Zuschläge zu der hoffnungslos veralteten und ungerechten Erwerbssteuer sowie durch eine neueinzuführende Luxussteuer und eine Umgestaltung der Wegesteuer finanziert werden sollten. Diese Vorschläge stießen in Öffentlichkeit und Parlament auf derartigen Widerstand, daß ein Rücktritt der Regierung unvermeidlich wurde.

Das neue Kabinett steht unter der Führung Semsettin Günaltays, der bislang weniger als Politiker denn als Gelehrter — Günaltay ist von Haus aus Historiker — hervorgetreten war. Nach Ansicht vieler ist aber nicht der sympathisch-ruhige, wenn auch ziemlich farblose Premier, sondern sein ehrgeiziger Stellvertreter Nihat Erim der eigentliche «Kopf» der neuen Regierung. Erim, der erst 36 Jahre zählt und als Völkerrechtslehrer, aber auch als Publizist sich einen Namen gemacht hat, besitzt das besondere Vertrauen des Staatspräsidenten, und er vertritt innerhalb der Volkspartei ausgesprochenermaßen eine gemäßigte, auf Verständigung mit den Demokraten bedachte Richtung. Das «junge Element» wird ferner durch den neuen Finanzminister Ismail Rüstü Aksal (37 Jahre) vertreten, der als ungewöhnlich aktiv und als starker Charakter bekannt ist und dem nun die undankbare Aufgabe zufiel, in aller Eile zu versuchen, das von seinem Vorgänger (dem das Ministerium für öffentliche Arbeiten anvertraut wurde) vorbereitete Budget in einer für das Parlament annehmbaren Weise umzugestalten. Auch der neue Verkehrsminister Kemal Satir gehört zu den «Jungen». Im übrigen erfolgten im wesentlichen Umbesetzungen innerhalb der alten Kabinettsmitglieder; daneben ist außer der Tatsache, daß Wirtschafts- und Handelsministerium unter dem bisherigen Handelsminister Cemil Sait Barlas vereinigt wurden, noch die Tatsache erwähnenswert, daß Dr. Nurullah Esat Sümer, der vor einigen Jahren mit großem Erfolge das Finanzressort geleitet hatte, nunmehr als Minister ohne Portefeuille, aber mit dem Spezialauftrag, die mit der Marshall-Hilfe zusammenhängenden Angelegenheiten zu verwalten, in das neue Kabinett eintrat.

Inzwischen hat die neue Regierung nahezu vier Monate Gelegenheit gehabt, sich einzuarbeiten. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß sie gegenüber dem schwachen, richtungslosen Kabinett Saka eine wesentliche Verbesserung darstellt,

was freilich noch nicht besagt, daß sie in der Lage ist, die seit Jahren einer Lösung harrenden innen- und wirtschaftspolitischen Probleme nun auch wirklich sämtlich zu lösen.

Daß in der

Außenpolitik keine Änderung

zu erwarten stand, dürfte aus früheren Berichten deutlich geworden sein. Überdies obliegt ihre Leitung wie im letzten, so auch im neuen Kabinett Necmeddin Sadak, der im April wochenlang in den Vereinigten Staaten weilte und dort nicht nur von Präsident Truman empfangen wurde, sondern auch reichlich Gelegenheit hatte, mit den Außenministern der Großmächte in Gedankenaustausch zu treten. Man darf annehmen, daß bei diesen Gesprächen die Frage eines den Atlantikpakt ergänzenden Mittelmeerpaktes, an dem auch die Türkei partizipiert, im Mittelpunkt stand. Der Abschluß eines solchen Paktes wird von der Türkei als dringend notwendig angesehen, und unabhängig davon wird immer wieder der Wunsch laut, in stärkerem Maße, als das bislang der Fall war, von den USA militärische und — im Rahmen des Marshall-Plans — wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten.

Die Marshall-Hilfe

hat im Laufe der letzten Monate wiederholt Gegenstand von Auseinandersetzungen in Presse, Parlament und Öffentlichkeit gebildet, wobei, gestützt auf Vergleiche mit den anderen Ländern gewährten Summen, die Unzulänglichkeit der der Türkei eingeräumten Beträge hervorgehoben wurde. Die zuständigen amerikanischen Stellen haben diese Kritik mit ruhiger Bestimmtheit zurückgewiesen und dabei namentlich auf ein Doppeltes hingewiesen, nämlich einmal auf die Tatsache, daß der ursprüngliche Sinn des Marshallplans nicht in der Entwicklung rückständiger Nationalwirtschaften, sondern in dem Wiederaufbau durch den Krieg zerstörter Produktionsanlagen zu suchen sei, und zum andern darauf, daß die Türkei dem Pariser Komitee vor anderthalb Jahren Schätzungen übermittelt habe, die gänzlich unreal, da ohne zulängliche Unterlagen, vorbereitet waren und im Grunde nichts denn eine Zusammenstellung aller überhaupt als wünschenswert anzusehenden Projekte bildeten. Erst in der allerletzten Zeit haben die Dinge sich etwas zu konkretisieren begonnen; die ersten Lieferungen — hauptsächlich landwirtschaftliche Produktionsmittel — sind eingetroffen und ein ursprünglich auf 30 Mill. Dollar bemessener Kredit der amerikanischen Export-Import-Bank wurde auf 38 Mill. erhöht. Jedoch wies ein amerikanischer Sachverständiger kürzlich mit Recht darauf hin, daß, entgegen den 1947 von der türkischen Regierung aufgestellten Schätzungen, in absehbarer Zeit mit ins Gewicht fallenden türkischen Getreide- und Mineralienexporten nicht zu rechnen sei.

Der Außenhandel

ist überhaupt gegenwärtig Gegenstand ernster Sorgen der Regierung. Während des Krieges hatte eine irrationale Steuerpolitik in Verbindung mit einer fast gänzlich wirkungslosen Preiskontrolle sowie der scharfen Verringerung der Importmöglichkeiten zu einer Inflation geführt, welche die Großhandelspreise effektiv auf etwa das Fünffache, die Lebenshaltungskosten auf das Vierfache steigen ließ. Bis 1945 beschränkten sich die Auswirkungen dieser Verhältnisse auf die Binnenwirtschaft, da die überall herrschende Warenknappheit, z. T. auch Konkurrenzkäufe der verschiedenen in den militärischen Konflikt verwickelten ausländischen Mächte, den restlosen Absatz der türkischen Produkte sicherten. Nach dem Kriege jedoch empfand die Regierung die Notwendigkeit, die bis dahin künstlich auf demselben Niveau gehaltenen Devisenkurse den veränderten Bedingungen anzupassen. Dies geschah

durch eine Devaluation, deren günstige Wirkungen aber dadurch schon nach kurzer Frist verflogen, daß eine ungehemmte Binnenpreissteigerung stattfand. So steht denn im Grund die türkische Wirtschaft heute wieder da, wo sie sich im Herbst 1946 befand. Die Exporteure müssen sich immer wieder von ihren ausländischen Kunden sagen lassen, daß ihre Preisforderungen mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Übereinstimmung stehen, und wenn man sich auch hier und da mit Privatkompensationsgeschäften zu helfen sucht, so wird doch nunmehr von allen Einsichtigen zugegeben, daß damit auf die Dauer nichts gewonnen ist, daß vielmehr dieser Weg nur zur künstlichen Hochhaltung oder gar weiteren Steigerung der Preise beiträgt. Hatte man in den letzten zwei Jahren faktisch nahezu unbeschränkt alle Art von Importwaren zugelassen, so sieht man sich nunmehr angesichts des schnellen Schwundes der Gold- und Devisenreserven und des — damit zusammenhängenden — Steigens der «schwarzen» Devisenkurse zu Einfuhrrestriktionen gezwungen, die faktisch auf eine Art nicht-öffentlicher Kontingentierung hinauslaufen. Zwar wurde auf einem kürzlich vom Wirtschaftsminister einberufenen Kongreß von kaufmännischer Seite — namentlich von Smyrnaer Exporteuren — eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine abermalige Devaluation hinausliefen, doch dürfte dieser von den Vertretern der Wissenschaft und der Regierung abgelehnte Plan keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

Die ungünstige Lage des Außenhandels befindet sich in wechselseitigem Zusammenhang mit der ständigen

Steigerung der Lebenshaltungskosten,

die besonders auffällig ist, da sie zeitlich mit genau entgegengesetzten Tendenzen in anderen Ländern zusammentrifft. Die Regierung steht dem ziemlich hilflos gegenüber, und die Unzufriedenheit weiter Volksschichten wächst ständig, wie sich u. a. gelegentlich einer großen Anti-Teuerungsdemonstration der oppositionellen Demokratischen Partei in Istanbul zeigte. Die amtliche Vertröstung auf eine Preissenkung durch Produktionssteigerung, da diese bestenfalls in the long run sich auswirken wird, in der Tat weder für die in äußerst bedrängter Lage befindlichen Festbesoldeten noch für die Exportkreise eine greifbare Hoffnung. Zu einer wirksamen Preis- und Produktionskontrolle aber fehlt der Regierung die Kraft, und angesichts der im nächsten Jahre fälligen allgemeinen Wahlen ist es nicht wahrscheinlich, daß man sich zu unpopulären, energischen Sparmaßnahmen in bezug auf die öffentliche Ausgabenwirtschaft entschließt.

Es besteht nun aber kein Zweifel, daß in dieser Beziehung viel zu tun wäre und daß, wenn die inflatorisch wirkenden Fehlbeträge im Staatsbudget sowie in den Haushalten der sogenannten wirtschaftlichen Staatsbetriebe beseitigt würden, eine der wichtigsten Ursachen der Preissteigerung in Fortfall käme. Wie unproduktiv im übrigen die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben ist, erhellt daraus, daß letztere zu mehr als der Hälfte aus Personalausgaben und Aufwendungen für den Schuldendienst bestehen. Dabei ist es nicht so, wie vielfach behauptet wird, daß die ganze Schuld bei den an sich nicht unbeträchtlichen Militärlasten zu suchen wäre, deren Höhe großenteils eine Folge der immer noch andauernden weltpolitischen Spannung darstellt. Die Verteidigungsausgaben, die während des Krieges zwischen 50 und 60 % des Gesamtbudgets ausmachten, sind nämlich seit 1946 auf etwa ein Drittel desselben gesunken, da die Steigerung der Zivilausgaben weit stärker war. Die unzulänglichen Einnahmen in Verbindung mit übermäßigen Personalausgaben machen es jedoch unmöglich, für produktive Zwecke die erforderlichen Mittel zu finden; lediglich für ein umfassendes, auf amerikanische Empfehlungen hin vorbereitetes Wegebauprogramm scheint nunmehr die Finanzierung gesichert zu sein. Die Aussichten für die weitere Zukunft sind aber insofern etwas günstiger geworden, als soeben, dank dem energischen Vorgehen des neuen Finanzministers,

endlich eine grundlegende Steuerreform im Parlament zur Annahme gelangte, in deren Mittelpunkt eine — natürlich den Besonderheiten des Landes angepaßte — Einkommenssteuer nach Schweizer Muster steht. Der Ausfall der nächstjährigen Parlamentswahlen wird weitgehend davon abhängen, ob es der gegenwärtigen Regierung gelingt, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die vorstehend angedeutet wurden, wenigstens einigermaßen Herr zu werden. Der Entwurf des neuen Wahlgesetzes ist zwar noch nicht vorgelegt worden, doch steht zu vermuten, daß er den Wünschen der Opposition weitgehend entgegenkommen und in weit höherem Maße die wirkliche Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck gelangen lassen wird, als das unter den Verhältnissen, die bei der letzten Wahl herrschten, der Fall war. Im übrigen haben sich schon im Laufe des letzten Jahres die Klagen der Opposition über «Unterdrückung» und «Verfolgung» wesentlich verringert, und in außenpolitischer Beziehung herrscht ohnehin, wie wiederholt in diesen «Berichten» betont, vollkommene Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Parteien. Zudem steht zu vermuten, daß die politische Fühlungnahme zwischen dem Außenminister und den Regierungen der Großmächte, von der eingangs die Rede war, in Bälde zu einem Abkommen führen wird, das die legitimen Bedürfnisse des Landes nach vermehrten politisch-militärischen Sicherheiten gegenüber Angriffsabsichten seines östlichen Nachbarn im erforderlichen Maße befriedigen wird.

Londoner Brief

Das dramatische Ereignis der letzten Wochen ist die

Aufhebung der Blockade von Berlin.

England sieht in diesem russischen Rückzug den Erfolg der nüchternen und beharrlichen Politik des Standhaltens, die Bevin mit der Unterstützung aller Parteien in den letzten elf Monaten getrieben hat. Natürlich bildet sich niemand ein, daß Großbritannien diesen Erfolg allein errungen hat. Ohne die Vereinigten Staaten wäre weder diese Politik noch die erstaunliche Leistung der Luftbrücke möglich gewesen. Aber die britische Leistung braucht sich auch neben der — selbstverständlich viel größeren — amerikanischen nicht zu verstecken. Die mehr als 60 000 Flüge, welche die britische R.A.F. in den 318 Tagen der Blockade gemacht hat, sind ein höchst eindrucksvolles Zeugnis für das Wollen und das Können eines Staates, der in derselben Zeit mit so vielen inneren Problemen zu ringen hatte, und daß der Erfolg durch die einmütige Zusammenarbeit der beiden großen angelsächsischen Mächte erzielt worden ist, mindert die Befriedigung nicht, sondern erhöht sie. Man braucht sich heute nicht zu schämen, einzugestehen, daß so mancher noch vor Monaten das Problem für unlösbar und die Chancen eines Nachgebens der Russen für außerordentlich gering hielt. Um so befreiender wirkt der Erfolg auf die Stimmung. Um so bereitwilliger ist man auch, das tapfere Ausharren der Berliner anzuerkennen; wenn man die englischen Zeitungen liest, hat man heute fast Mühe, sich zu erinnern, wie ganz anders die Empfindungen waren, die der Name Berlin noch vor wenigen Jahren hier erweckte. Der Engländer, der von Natur gern bereit ist, vergangene Kämpfe zu vergessen und einem besiegten Gegner möglichst wenig nachzutragen, hofft nur, daß der Berliner sich auch in Zukunft der wirksamen Hilfe erinnern werde, welche die Westmächte ihm in schwerster Not geleistet haben, und daß die Einsicht in die internationale Solidarität der Kulturvölker in dieser Krisis Fortschritte gemacht haben möge. Man hört zuweilen, daß manche Deutsche glauben, es wäre

besser gewesen, wenn die Prüfung noch etwas länger gedauert hätte, damit die politische Niederlage der Russen noch deutlicher und verheerender geworden wäre. Diese Deutschen haben den weisesten Charakterzug der Bismarckschen Außenpolitik nicht begriffen. So leicht sich der Eiserne Kanzler verleiten ließ, die Empfindungen anderer Völker und Staatsmänner zu verletzen, so sorgfältig vermied er es, eine andere Großmacht in ihren vitalen Interessen zu bedrohen. Während seiner kolonialpolitischen Experimente hat er viele Händel mit den Engländern heraufbeschworen, die leicht zu vermeiden gewesen wären. Aber am Tage nachdem er im Reichstag eine unerhört scharfe Rede gegen den englischen Außenminister Lord Granville gehalten, schickte er seinen Sohn Herbert nach London, um eine friedliche Verständigung herbeizuführen.

Natürlich ist die Aufhebung der Berliner Blockade kein Ende, sondern nur ein Anfang. Die großen internationalen Fragen, die sich um Deutschland drehen, sind ungelöst; sie werden die Staatskunst der Auswärtigen Minister der Westmächte noch auf eine schwere Probe stellen. Das kam im Unterhaus sehr klar bei der

Debatte über den Atlantikpakt

zum Ausdruck, die zufällig an demselben Tag stattfand, an dem der erste Zug mit Lebensmitteln aus dem Westen nach Berlin rollte. Bevin vermied es sorgfältig, die taktische Schwenkung der Russen als das Anzeichen einer neuen Politik des Friedens zu feiern, und Churchill spendete dem ausdrücklich Beifall. Die überwältigende Mehrheit des Hauses begrüßte den Pakt als die unter den gegenwärtigen Verhältnissen denkbar zuverlässigste Sicherung des Friedens, und Churchill konnte mit Recht darauf hinweisen, wie sehr die Stimmung sich sowohl hier wie in Amerika geändert hat, seit er zuerst vor drei Jahren in Fulton die Politik proklamierte, die jetzt in dem Pakte ihren Ausdruck findet. In der Tat kann die Bedeutung des Wandels in der Politik der Vereinigten Staaten gar nicht überschätzt werden. Um ihre Größe sich zu vergegenwärtigen, braucht man nur in den White House Papers von Harry Hopkins nachzulesen, welche unendlichen Schwierigkeiten der amerikanischen Isolationismus der weitsichtigen Politik des Präsidenten Roosevelt in den Weg gestellt hat. Nur wenige Engländer entziehen sich dieser Einsicht unter dem Einfluß der russischen Schlagwörter. Die sechs Abgeordneten, die es fertig brachten — gegenüber 333 bejahenden — dem Vertrag ihre Zustimmung zu versagen, repräsentieren tatsächlich nur einen sehr geringen Bruchteil der öffentlichen Meinung, und auch von ihnen zweifelt gewiß mehr als einer, ob er seinen Sitz bei der nächsten Wahl behaupten kann.

Die englische Neigung zum Kompromiß, die auch vor dem Unlogischen nicht zurückschreckt, hat sich jetzt zweimal kurz hintereinander in auffälliger Weise bekundet. In den Revolutionstagen von 1848 verspottete man die Unklarheit gewisser Volksströmungen in Deutschland mit der Behauptung, sie wünschten «die Republik mit dem Großherzog an der Spitze». Dieser Spott muß verstummen nach dem Beschluß der

Konferenz der Premierminister des Commonwealth.

India will eine Republik werden, aber trotzdem in dem Commonwealth verbleiben. Wie macht es das? Es erkennt den König an als das «Symbol der freien Genossenschaft der unabhängigen Mitglieder des Commonwealth und als dessen Haupt in dieser Eigenschaft». Damit erklären sich die anderen Mitglieder des Commonwealth durch ihre Premierminister in einem Communiqué einverstanden, dessen Worte, wie der «Economist» sagt, so sorgfältig gewählt sind, wie die der Beschlüsse eines mittelalterlichen Konzils. Auch das englische Parlament ist damit einverstanden. Die Sorge, zu definieren, was der König nun jetzt eigentlich ist, überlassen die Politiker

den Staatsrechtslehrern, die nun wohl für lange Zeit Stoff zum Nachdenken haben werden, besonders wenn sie sich mit Dr. Malans Erklärung auseinandersetzen werden, daß das «Haupt des Commonwealth überhaupt keine verfassungsmäßige Funktion» habe. Vorläufig freut man sich über die «Elastizität» der britischen Institutionen. Aber nachdenkliche Leute fragen doch, wie es denn nun weitergehen soll. Die wirklich brennenden Probleme, z. B. die Streitigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedern des Commonwealth — man denke an Kaschmir und die Inder in Südafrika —, werden durch die neue Formel ihrer Lösung natürlich um keinen Schritt näher gebracht. Vor allem fragt sich: wird India die einzige «Republik mit dem König an der Spitze» bleiben, oder werden andere, wie z. B. Südafrika, nachfolgen? Smuts, der sich dieser Entwicklung entgegenstellt, ist ein alter Mann von fast achtzig Jahren.

Das zweite Beispiel bietet

die neue Irland-Bill.

Die Republik (Süd)-Irland hat alle Fäden mit dem Commonwealth zerschnitten und aufgehört, zu ihm oder Großbritannien in irgendwelchen staatsrechtlichen Beziehungen zu stehen. Also ist sie, von London aus gesehen, jetzt Ausland? Mitnichten!, erklärt die neue Bill. Unter dem Gesichtspunkt der bestehenden Gesetze ist Irland auch in Zukunft kein «foreign country», und seine in Großbritannien lebenden Bürger sind keine Ausländer. Echt englisch!, muß man wieder sagen, wobei es jedem überlassen bleibt, darin ein Kompliment oder eine Kritik zu sehen. Man darf nur nicht vergessen, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes vermutlich auch noch eine Rolle in internationalen Rechtsstreitigkeiten spielen werden und daß es dann darauf ankommen wird, wie nicht-englische Juristen sie auslegen werden. Man sollte meinen, die Iren, die durch dieses Gesetz vor manchen recht unangenehmen Konsequenzen ihrer eigenen Gesetzgebung bewahrt werden, müßten darüber hoch beglückt sein. Statt dessen erheben die irischen Politiker ein Geschrei, als ob ihnen das schwerste Unrecht zugefügt würde. Die englische Regierung hat nämlich das Gesetz benutzt, um unzweideutig festzustellen, daß Nordirland (Ulster) nicht wider seinen eigenen Willen von Großbritannien losgelöst werden darf. Das erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Die irischen Parteiführer aber möchten es als einen tyrannischen Eingriff in ihr Nationalitätsrecht brandmarken. Diese romantische Rabulistik wird nur bei gänzlich Unkundigen Glauben finden.

Der traurige und peinliche

Amethyst-Zwischenfall auf dem Yangtsee

ist mit verhältnismäßig großer Ruhe und Selbstbeherrschung hingenommen worden, die dem Entschluß entsprechen, sich keinesfalls in die chinesischen Händel hineinziehen zu lassen. Aber den Engländer muß ein bitteres Gefühl ankommen bei dem Gedanken, wie geringen Respekt chinesische Revolutionäre heute vor der britischen Flagge haben. In den Gedichten Theodor Fontanas steht eines, das von einem englischen Konsul in einem südamerikanischen Ort erzählt. Ein britischer Matrose soll — mit Recht oder Unrecht — als Mörder erschossen werden. Da wirft der Konsul den Unionjack über ihn und ruft: «Nun schieße, wer mag; Fire, but don't hurt the flag!» Da senkten die Gewehre sich still, Keiner, der es wagen will. Ja, die Zeiten haben sich geändert.

Innenpolitisch

konzentriert sich das Interesse auf alles, was mit den nächsten Wahlen zusammenhängt. Voraussichtlich wird bis zu ihnen noch ein Jahr vergehen. Aber Regierung

wie Opposition sehen die Vorgänge außerhalb der Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt, wie sie die Wahlaussichten beeinflussen oder welche Prognose auf ihren Ausgang sie erlauben. Die Konservativen haben natürlich Hoffnung aus dem Ausfall der Kommunalwahlen gezogen. Ihre erfahrenen Führer wissen zwar, daß der Schluß von Kommunal- auf Landeswahlen nicht immer zuverlässig ist. Auch muß man bedenken, daß der große Erfolg, den Labour bei den vorigen Kommunalwahlen davontrug, zum großen Teil auf der Gleichgültigkeit breiter bürgerlicher Kreise beruhte, die es nicht der Mühe wert hielten, zur Wahl zu gehen. Diese Gleichgültigkeit zu beseitigen, ist der Organisation und Agitation der Konservativen gelungen. Ihre jetzigen Erfolge sind also oft nicht mehr als die Wiederherstellung des normalen Zustandes. Hingegen spielte die Wahlenthaltung sicher nicht dieselbe Rolle bei der Parlamentswahl von 1945. Trotzdem wird man es nicht für bedeutungslos ansehen können, daß zwei Wahlgänge, die Grafschaftswahlen vom April und die Gemeindewahlen vom Mai, denselben Charakter eines beträchtlichen konservativen Erfolges tragen.

Ignotus

Brief aus Deutschland

Die erste Etappe in der deutschen Nachkriegs-Entwicklung ist abgeschlossen: mit der

Annahme des Grundgesetzes

durch die verschiedenen Parlamente, seine Genehmigung seitens der Westalliierten und die Inkraftsetzung des Besatzungsstatuts beginnt ein neuer Abschnitt. Gleichzeitig endet die Tätigkeit des Mannes in Deutschland, der dieser Zeit wie kein anderer Politiker seinen persönlichen Stempel aufgedrückt hat: des Generals Clay. Clay war und ist in erster Linie General; als solcher hat er die Luftbrücke nach Berlin organisiert, deren erfolgreichen Abschluß er noch vor seinem Rücktritt «melden» konnte. Clay hat sich aber während seiner Amtszeit auch als Politiker von Format erwiesen; zwar hat er ohne Zweifel als «guter General» stets nur die Weisungen seiner Regierung in Washington ausgeführt, er hat es aber verstanden, durch die Klarheit seiner Berichte und Konzeptionen seine Regierung so gut zu informieren, daß die Weisungen seinen eigenen Intentionen entsprachen. In dieser Weise hat er einen großen, wenn nicht den entscheidenden politischen Einfluß ausgeübt. Und in den letzten Wochen seiner Tätigkeit als Militärgouverneur hat er seine Qualitäten als politischer Taktiker bewiesen, indem er die Kompromisse zwischen all' den zögernden Elementen auf deutscher und westalliiertes Seite zustande brachte, die als Voraussetzung für die von seiner Regierung ins Auge gefaßten neuen Verhandlungen mit den Russen im deutschen Bereich als ebenso wichtig angesehen wurden wie der Atlantikpakt im Bereich der großen Weltpolitik.

In der nun beginnenden neuen Periode wird Deutschland — d. h. zunächst Westdeutschland — wieder durch seine eigene Stimme zu hören sein. Nach Durchführung der Wahlen zum Deutschen Bundestag wird im Spätsommer eine erste deutsche Regierung gebildet werden. Sie wird zwar keine volle Souveränität besitzen, die oberste Souveränität wird bei den hohen Kommissaren der drei Westmächte liegen; aber die deutsche Regierung wird im Rahmen der Bestimmungen des Besatzungsstatuts Handlungsfreiheit und Vollmacht für gesetzgeberische Tätigkeit haben, und sie wird in wichtigen internationalen Körperschaften — wie der Ruhrbehörde und dem ERP — eigene Sitze und Stimmen haben.

Das große Problem, das die deutsche Politik in den kommenden Jahren beherrschen wird, beherrschen muß, ist

die Frage der gesamtdeutschen Integration.

Es gibt keinen Deutschen, der sich mit dem Zustand einer Teilung seines Landes abfinden kann. Es ist bemerkenswert, mit welcher Sicherheit die westdeutschen Politiker mit einem Mal — nach der Verabschiedung des Grundgesetzes — Stellung zu nehmen vermochten. Hatte bis dahin jedes Eintreten für die deutsche Einheit den fatalen Beigeschmack einer Mitläuferschaft gegenüber den russischen Deklamationen (was im Ausland vielfach als unverständliche und egoistische kleindeutsche Haltung beurteilt und kritisiert wurde) — nun war und ist es möglich, von der Plattform eines auf freiheitlich-demokratischem Boden gewachsenen staatlichen Gebildes den Anschluß der übrigen deutschen Landesteile zu erstreben und zu fordern, ohne in den Geruch einer Vorschubleistung autoritärer Methoden zu kommen.

Die Aufhebung der Berliner Blockade war für ganz Deutschland die erste nationale Freude seit dem Zusammenbruch. In einem Kampf um und für die Freiheit haben sich Deutsche bewährt und die Bundesgenossen mit den Angehörigen anderer Nationen zusammengewirkt. Es gab aber nur einige wenige «Freudensfeste» — in erster Linie natürlich in Berlin selbst —, denn niemand gibt sich Illusionen hin, daß in diesem Kampf um die Freiheit der schwierigere und längere Weg noch zu überwinden ist. Dabei zeigt sich, daß die Illusionen am geringsten in Berlin selbst und bei all' denen sind, welche die Verhältnisse im Osten aus eigener Erfahrung kennen. Unter den maßgebenden Berliner Politikern gibt es keinen, der nicht seine Arbeit vor vier Jahren, nach der Kapitulation, mit dem Willen der Zusammenarbeit mit allen, besonders auch den benachbarten Russen, begonnen hätte. In diesem Bemühen sind alle gescheitert, mögen sie im einzelnen auch noch so verschiedene Wege versucht haben, wie z. B. Reuter, Suhr, Friedensburg oder Jacob Kaiser. Gerade sie vertreten heute mit größerer Klarheit als manche westdeutschen und ausländischen Politiker den Standpunkt, daß es zwar einen Handel, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den zwei Welten des Westens und Ostens geben kann, daß aber eine politische Gemeinschaftsarbeit in einer Welt oder in einem kleinen Teil von ihr (wie in Deutschland oder Berlin) bei der grundlegenden Verschiedenheit der Systeme niemals erfolgreich sein kann. Die Westmächte gehen an die jetzigen Pariser Verhandlungen mit klareren Vorstellungen heran, als sie sie vor vier Jahren unter den Einflüssen des Kriegsbündnisses hatten. Die russischen Absichten werden sich weitgehend aus ihrer Haltung zum «Prüfstein Berlin» ergeben. Das Jessup-Malik-Abkommen bedeutet zwar eine Aufhebung *der* Blockade, die formal diesen Namen getragen hat; aber der nun erstmals wiederhergestellte Status vom Sommer 1945 bis Frühjahr 1948 stellte in Wahrheit auch eine Blockade für Berlin dar und verhinderte den von der Berliner Bevölkerung bekundeten und von ganz Deutschland gewünschten politischen und wirtschaftlichen Anschluß an die westliche Welt. Haben die Russen sich entschlossen, die Linie ihrer gescheiterten Nachkriegspolitik in Deutschland aufzugeben und dem immer deutlicher werdenden Wunsch der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung Raum zu geben? Die Pariser Besprechungen werden es erweisen.

Auf die Unmöglichkeit der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Vertretern des autoritären und des freiheitlich-demokratischen Denkens wirft das Ausscheiden des bekannten Publizisten Dr. Eugen Kogon aus allen seinen Ämtern in den europäischen und deutschen «Widerstands»-Organisationen (VVN) ein grelles Licht. Namhafte nicht-kommunistische Persönlichkeiten sind ihm gefolgt. In einer ausführlichen Begründung, die Kogon in seinen «Frankfurter Heften» gibt, sagt er: «Der europäische Widerstand gegen das Naziregime war eine Hoffnung, eine Hoffnung

als politischer Faktor. Diese Hoffnung ist eine Illusion geworden. Denn eine politische Zusammenarbeit ist illusorisch mit Leuten, die nicht in jedem Fall und ohne jede Einschränkung ihre Stimme erheben, wenn irgendwo Schreie von Gekälten und Geknechteten zum Himmel hallen oder erstickt werden».

Konrad Mommsen

Militärische Umschau

Konzentration der Pferdekraft

Seit der Neuorganisation der Leichten Truppen vom 1. April 1949 nimmt die *Kavallerie* eine Sonderstellung ein. Ihre 24 Schwadronen sind in acht Abteilungen den Divisionen 1 bis 8 unterstellt. Während sie früher mit Radfahrern und motorisierten Truppen den Aufklärungsabteilungen und Leichten Regimentern zugeteilt war, bildet sie heute *artreine* Reiterverbände. Die Erfahrung von zwölf Jahren hat die Schwierigkeiten der gemischten Verbände erwiesen; man hat daher grundsätzlich artreine Abteilungen, Bataillone und Regimenter gebildet. Die *leichten Brigaden* selbst umfassen seit dem 1. April nur noch Radfahrer und motorisierte Truppen. Hinsichtlich Taktik, Bewaffnung und Organisation gehören Radfahrer und motorisierte leichte Truppen eng zusammen. Heute bilden sie nicht nur die Leichten Brigaden, sie sind auch als Aufklärungs- und Panzerabwehreinheiten in den Divisionen vertreten. Sie sind nunmehr die eigentlichen leichten Truppen, während die Kavallerie in diesem Rahmen ein *Fremdkörper* geworden ist.

Es fragt sich nun, wie dieser Tatsache hinsichtlich Ausbildung und Verwaltung der Kavallerie Rechnung getragen werden soll? Eine ähnliche Situation lag schon vor drei Jahren vor, als die Motorisierung der gesamten Artillerie beschlossen wurde und damit die Abteilung für Artillerie das Interesse am Pferd verlor. Als Folge davon hat man die bisher von der Abteilung für Artillerie verwaltete *Traintruppe* neu der Abteilung für Infanterie unterstellt, weil diese den größten Truppentrain besitzt und damit noch am ehesten Interesse und Verständnis für die Traintruppe aufbringt. Bei der Genie- und Sanitätstruppe spielt der Truppentrain nur noch eine geringe Rolle.

Das Beispiel der Traintruppe legt nahe, auch die Kavallerie von den Leichten Truppen *loszulösen*. Hinsichtlich der Kampfausbildung könnte man an eine Angliederung an die Infanterie denken, ist doch der Dragoner heute im Grunde genommen ein berittener Infanterist. Es ist aber zweckmäßiger, bei einer Neuordnung das *Pferd in den Vordergrund zu stellen und eine Verbindung mit den anderen Pferdetruppen zu suchen*. Die Traintruppe ist bereits erwähnt worden. Als dritte Pferdetruppe ist die *Veterinärtruppe* zu nennen, die sich mit Gesundheitsdienst und Pflege der kranken Pferde befaßt. Sie umfaßt die Veterinäroffiziere, die Hufschmiede, sowie Landwehr- und Landsturmtruppen der Kavallerie und des Trains als Pferdebegleiter und Pferdepfleger. Als einzige Pferdetruppe besitzt sie eine eigene Dienstabteilung mit einem Abteilungschef im Range eines Oberstbrigadiers, während die Kavallerie und die Traintruppe nur einer andern Dienstabteilung angegliedert sind.

Es befassen sich heute drei verschiedene Dienstabteilungen des EMD mit militärischen Pferdefragen. Die Abteilung für Leichte Truppen bildet die Dragoner aus und verwaltet das Kavallerie-Remontendepot und die Pferderegianstalt in Thun,

die auf Ende 1950 in eine einheitliche Militärpferdeanstalt verschmolzen werden. Die Abteilung für Infanterie bildet die Traintruppe für hippomobile Transporte aus und verwaltet sie. Der Oberpferdearzt befaßt sich mit dem Sanitätsdienst der Pferde, mit der Ausbildung der Hufschmiede und mit der zentralen Pferdellieferung für Schulen und Kurse. Diese Arbeitsteilung zwischen drei verschiedenen Dienstabteilungen des EMD ist historisch bedingt und hatte ihre Berechtigung, solange das Pferd das einzige Transportmittel in unserer Armee war. Heute ist sie überholt und führt zu einer nachteiligen Zersplitterung der Kräfte. An Stelle dieser Arbeitsteilung drängt sich daher eine Konzentration auf durch *Zusammenfassung aller Pferdetruppen in einer einzigen Truppengattung und aller Angelegenheiten der militärischen Pferdeverwendung in einer einzigen Dienstabteilung des EMD*. Aufgabe dieser Abteilung für Pferdewesen wäre:

- Ausbildung und Verwaltung der berittenen Kampftruppen (Dragonerschwadronen),
- Ausbildung und Verwaltung der hippomobilen Transporttruppe (Gebirgstrainkolonnen),
- Oberleitung der Trainfragen bei der Infanterie, Genie- und Sanitätstruppe, Ausbildung der Trainoffiziere für die Gebirgstrainkolonnen, Einheiten und Stäbe der Infanterie, Genie- und Sanitätstruppen,
- Ausbildung und Verwaltung der Veterinärtruppe (Veterinäroffiziere, Hufschmiede, Veterinäreinheiten),
- Zentralleitung der Pferdellieferung,
- Ein- und Abschätzung der Dienstpferde,
- Oberleitung der künftigen Militärpferdeanstalt,
- Veterinärdienst in der Armee.

Die neue Truppengattung würde somit die drei Untergattungen Kavallerie, Train- und Veterinärtruppe umfassen. Diese Lösung ist heute schon weitgehend vorgezeichnet durch die Verwendung von Dragonern und Trainsoldaten der Landwehr und des Landsturms als Pferdepfleger und -Begleiter in Veterinärkompagnien, Pferdewedepots und Pferdewekuranstalten. Sie ergibt sich aus der Notwendigkeit, für die Verwendung und Pflege der Pferde diejenigen Soldaten heranzuziehen, die auch im Zivilleben mit dem Pferd vertraut sind.

Im Zeichen der Motorisierung unserer Armee läuft das Pferd Gefahr, in seiner militärischen Bedeutung unterschätzt zu werden. Diese Gefahr ist um so größer, als Kavallerie und Traintruppe einer Dienstabteilung des EMD angegliedert sind, die sich primär mit ganz anderen Aufgaben befassen muß. Die vorgeschlagene Zusammenfassung würde Gewähr dafür bieten, daß auch in Zukunft, trotz verminderter Bedeutung des Pferdes, in der Armee das Interesse am vierbeinigen Kameraden nicht verschwindet, und Reiter, Fahrer und Pferdeführer auch in Zukunft gut ausgebildet werden. Neben diesen fachlichen Vorteilen würde die einheitliche Verwaltung aller Pferdetruppen eine *rationellere Arbeitsorganisation und Personaleinsparungen* ermöglichen.

Auch zwischen den militärischen Stellen des Pferdewedienstes und den zivilen Stellen der *Abteilung für Landwirtschaft* (Sektion für Tierzucht) und des *Eidgenössischen Veterinärwesens* sollte eine bessere Ausscheidung der Arbeitsgebiete und Befugnisse Platz greifen. In Nummer 8/1948 des Militärwesensblattes las man, daß das EMD eine Expertenkommission für die Förderung der inländischen Maultierzucht unter dem Vorsitz des Oberpferdearztes bestellt hat, wobei das Volkswirtschaftsdepartement die Hälfte der Mitglieder bezeichnet. Trotz der fortschreitenden Motorisierung ist ein gewisses militärisches Interesse an der Förderung der inländischen Maultierzucht nicht zu bestreiten, aber es ist befremdlich, daß eine militärische Kommission Zuchtstuten und Eselhengste kauft und abgibt, ihre Zuchtleistungen

kontrolliert, Abstammungskontrollen führt und Öffentlichkeit wie Züchterkreise über die Maultierzucht aufklären muß. Wenn die Maultierzucht schon der Leitung und Förderung durch die Eidgenossenschaft bedarf, so wäre dies doch eher Sache der Sektion für Tierzucht in der Abteilung Landwirtschaft oder des eidgenössischen Veterinäramtes. Warum ist diese Kommission nicht vom Volkswirtschaftsdepartement bestellt worden, unter Beizug von Vertretern des EMD? Das militärische Interesse rechtfertigt nicht die Militarisierung der Maultierzucht, sonst könnte man ja schließlich auch die Bundesbahnen dem Militärdepartement unterstellen, da die Armee großes Interesse an einem leistungsfähigen Eisenbahnnetz hat. So gut man bei zweckmäßiger Organisation und Zusammenarbeit mit SBB und PTT die militärischen Interessen wahren kann ohne Unterstellung unter das EMD, wäre dies auch bei der Maultierzucht möglich, ebenso beim An- und Verkauf von Artillerie-Bundespferden und Bundesmaultieren durch die EPRA, da ja das Volkswirtschaftsdepartement in Avenches eine Pferdeanstalt besitzt.

Miles

Lieber ist mir, hundert Mann zu haben, auf die ich mit Zuversicht zählen kann, als fünfhundert, die bei dem Gefecht davonlaufen, Verwirrung anrichten und durch ihre Flucht die entschlossenen Leute zu einem unnützen Opfer machen.

Ich meinerseits verbürge euch meine Ehre, daß ich auf keinen Fall von euch mich trennen, sondern alle Gefahren, Leib und Leid mit euch teilen wolle. Gefällt euch also dieser Vorschlag, so treten zwei Männer aus eurer Mitte hervor, die mir in eurer aller Namen geloben, daß auch ihr diese Gesinnung habet und solche getreu erfüllen wollet!

Aloys von Reding